

Ercheint alle 14 Tage.
Bezugspreis
1,20 Mk.
In bester im Verlag
„Die Eiche“, Berlin
NO 65, Greifswalder
Straße 222.

Die Eiche

Ungetrennt für die sechs-
gewaltene Beitzelle
20 Pfg.
Arbeitsmarkt 15 Pfg.
Dritvereinsanzeigen
10 Pfg.

Organ des Gewerkschafts der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 27/28

Berlin, den 10. Juli 1931

42. Jahrg.

Fernsprechanz
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an B. Volkman, Greifswalder Straße 222. Mit Nr. des Hauptbüros des Gewerkschafts der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NO 65, Greifswalderstr. 222. Samtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NO 65, Greifswalderstr. 222, Postfach 20321 beim Postfachamt Berlin NW 7

Fernsprechanz
Alexander 4719

Aufgewacht!

Über die Massen der breiten Schichten des deutschen Volkes lagert eine Gewitterwolke, die jeden Augenblick zur Entladung kommen kann. Wenn dies bisher noch nicht geschehen ist, dann ist es nicht etwa der Regierung oder dem Gummistoppel der Hiltstruppen von Seeburg zu verdanken, sondern den verantwortlichen Führern, die zwar mit Weisheit die Gefahren und Belastungen, welche die neue Notverordnung heraufbeschworen hat, erkannt, aber im vollen Bewußtsein der übergroßen Verantwortung die Hand am Steuerhab halten, um durch eine Wendung größere Gefahren abzuwenden.

Wir sind uns bewußt, daß heute mehr denn je Kräfte am Ruder sind, die aus machtpolitischen Gründen eine weitere Verelendung der Massen herbeiführen möchten, um später dann ungezügelter ihre Parteisuppe brühen zu können, umso mehr ist erhöhte Wachsamkeit an der Tagesordnung. Wir sind uns bewußt, daß heute mehr denn je Kräfte am Ruder sind, die aus machtpolitischen Gründen eine weitere Verelendung der Massen herbeiführen möchten, um später dann ungezügelter ihre Parteisuppe brühen zu können, umso mehr ist erhöhte Wachsamkeit an der Tagesordnung. Wir sind uns bewußt, daß heute mehr denn je Kräfte am Ruder sind, die aus machtpolitischen Gründen eine weitere Verelendung der Massen herbeiführen möchten, um später dann ungezügelter ihre Parteisuppe brühen zu können, umso mehr ist erhöhte Wachsamkeit an der Tagesordnung.

„Deutschlands Unternehmertum aus Gewerbe, Handel und Industrie stellt ideell, materiell und in den heutigen politischen Verhältnissen auch massenmäßig eine große und unerschöpfliche Kraft dar. An dem Tag, an dem diese Kraft einheitlich sich zusammenschließen läßt, an dem Tag, an dem hier ein einheitliches wirtschaftspolitisches Wollen zur Führung drängt — ist es mit festem Selbstbewußtsein, denn hier liegt das große ideale Ziel unserer Handarbeit — wird Deutschlands Weg wieder aufwärts führen, werden die sozialen Notstände unserer heutigen Zeit sehr schnell überwunden sein und der Vergangenheit angehören.“

In diesen Ausführungen kommt die krasse Unternehmerwillkür zum Ausdruck. Wer heute das zweifelhaft Vergnügen hat, am Verhandlungstisch teilzunehmen, der macht ständig die Wahrnehmung, mit welcher Brutalität, aber auch mit fast kindlicher Offenheit die reaktionären Kräfte der Unternehmern zum Ausdruck kommen. Uns ist zur Genüge bekannt, daß der kulturelle Aufschwung der Arbeitnehmer ein Dorn im Auge der Unternehmer ist, man möchte die Massen wieder auf die Kulturstufe der slavischen Völker herabdrücken, das muß immer wieder ausgesprochen werden, es hat nämlich keinen Zweck, irgend etwas zu verschleiern, die Massen haben genügend Enttäuschungen erlebt.

O, es gab eine Zeit, in der man von Volksgemeinschaft rebete, es sind beinahe 17 Jahre her, man glaubte an eine geistige, nur dem Gesamtvolke dienende politische Erneuerung und wurde arg enttäuscht. Was uns Sache des nationalen Deutschlands bedeutete, war den wenigen „wirtschaftlich“ eingestellten Geschäftsmachern reines Geschäft. Es folgte die Zeit des Zusammenbruchs, wo wiederum festgestellt werden konnte, daß die Geschäftsmacher die fernsten Winkel zum Versteck aufgesucht hatten, sie bangten, daß ihnen die so mühelos erworbenen Schätze wieder entziffen werden könnten, viele bangten infolge des Schuldbewußtseins um ihr Leben. In diesem Stadium der höchsten Not zeigte sich in wahren Sinne des Wortes die nationale Stimmung der breiten Massen, des Volkes und ihrer Führer, die zwar nicht das Blutvergießen verschmäht, besserungswillig Gut und Blut für die Verteidigung ihres Vaterlandes gelassen hatten und jetzt ihre ganz eigene Sache, um das Reich vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren. Man ging sogar soweit, die schützende Hand über die Kriegsgewinner zu halten.

Wir haben dann erleben müssen, wie auch wieder die breiten Massen des Volkes die schweren Lasten

auf sich nahmen, die Geschäftsmacher aus ihren Schlupfwinkeln kamen, um erneut, durch ein sogenanntes „nationales“ Geschäft neue Profite auf Kosten der Armen einzujehelmen.

Es folgte dann die Etappe der Ruhrbesetzung, die uns die Inflation brachte, womit die Entwertung der Sparguthaben und Vernichtung des Rentner- und Mittelstandes verbunden war. Auch hier mußte das Volk die traurige Wahrnehmung machen, daß es der verlierende Teil ist, während die Schwerindustrie, die Großverdiener gewonnen hatten. Arbeiter, Angestellte und Beamte haben im Ruhrkampf Leib und Leben eingesetzt, haben den schändlichen Plan der Separatisten zerschanden gemacht. Man hat das zwar anerkannt, aber nur solange, wie noch eine Gefahr drohte. Wie es im Leben des öfteren geht, daß das Pferd, das den Hafer verdient hat, nicht bekommt, so ist es auch diesen waderen Kämpfern im Ruhrkampf ergangen. Sie betrachteten diesen Kampf in ihrer angeborenen Selbstlosigkeit als nationale Selbstverständlichkeit, wogegen die anderen Kreise das übliche „nationale“ Geschäft erhoben und dafür aus den Geldern der verarmten Steuerzahler eine „Sonderzulage“ von 700 — siebenhundert — Millionen Reichsmark als Belohnung für ihr „nationales“ Verhalten erhielten. Zwar hieß es:

„Die Reichsregierung werde niemals vergessen, was die Gewerkschaften in diesem Kampfe für das Vaterland geleistet haben.“

Arbeiter, Angestellte und Beamte warten noch bis heute auf die Ermüdung des Versprechens, welches man ihnen gegeben hat.

„Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß“, so sagte man einst. Die Arbeitnehmer haben die Abtragung des Dankes am besten durch den einseitigen Lohn- und Gehaltsabbau verspürt, noch schärfer jedoch durch die eifrigen Bemühungen der Großverdiener, die einzige Stütze der Arbeitnehmer, ihre jahrzehntlang bewährte Organisation, zu vernichten. Da die Kraft und das Geld der Großverdiener offenbar hierzu nicht ausreicht, muß die Reichsregierung und sei es in Form einer Notverordnung, hierzu wertvolle Hilfe leisten. Diese Kreise wissen genau, welche Empörung die einzelnen Bestimmungen dieser Verordnung in den breiten Massen auslösen, man will damit die Massen gegen ihre Führer aufheizen, man schreit, obgleich man sonst über Kapitalmangel große Klagehebe anstimmte, nicht davor zurück, gewaltige Summen zur Beeinflussung günstiger Wahlen hinauszuschieben. Man hat nur den einen Faktor nicht in Rechnung gestellt, das ist die innige Verbundenheit der Mitglieder mit ihren Führern und die jahrzehntelange zielbewusste Erziehungsarbeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung.

Zwar haben die Feinde einer jeden Arbeitnehmerbewegung es fertig bekommen, unter Ausnutzung der Wirtschaftskrise und der oft nicht berechtigten Stilllegung von Betrieben, die Organisationen in ihrer Stützskraft zu schwächen, man hat auch Abspaltungen, die jedoch meist politischer Natur sind, erzeugt, aber an dem Kern der jahrzehntlang fest organisierten Arbeitnehmerbewegung ist man nicht imstande, zu rütteln. Diese Kreise sind sich bewußt, was für sie die Organisation bedeutet, sie nehmen mit zusammengebißenen Zähnen Not und Entbehrung auf sich, sind aber zu jeder Zeit bereit, mit Mut und Entschlossenheit den Kampf zur Verteidigung ihres wertvollen Gutes, der Organisation, aufzunehmen. Sie wissen genau, daß der Kampf in dieser Zeit besonders hohe Anforderungen an jeden einzelnen stellt, sie sind sich dessen auch bewußt, daß es sich hier um einen Abwehrkampf handelt, der zwangsläufig im Interesse der Organisation geführt werden muß. Wir sind uns dessen bewußt, daß die organisierte Arbeitnehmerbewegung zur Zeit eine besonders harte Belastungsprobe durchmachen muß, denn sie muß den Kampf nach zwei Fronten führen. Wir sind davon überzeugt, daß die Notverordnung leider allzulebhaft dem Einfluß der reaktionären Schwerverdiener wertvolleren worden ist, wir können auch nicht gut heißen, daß die Regierung sich in eine Abwehrstellung gegenüber diesen Kreisen hat drängen lassen. Der Arbeit-

nehmerbewegung kann und darf nicht zugemutet werden, daß alle Lasten nur einseitig auf ihre schon so wirtschaftlich schwachen Schultern abgewälzt werden. Die Arbeitnehmer haben ständig den Beweis erbracht, daß sie Not und Entbehrung im höchsten Stadium ertragen haben, sie sind aber nicht gewillt, nur dauernd Amboß zu spielen. Die Notverordnung stellt nur eine einseitige Belastung der Arbeitnehmer vor, wir sind dauernd bemüht, Wandlungen herbeizuführen. Wenn die Spitzenverbände und die ihnen nahestehenden Parteien nicht zum offenen Kampf gegen die Regierung aufgefordert haben, so sind die Ursachen der Beweggründe in erster Linie politischer und wirtschaftlicher Art zu suchen. Es war für uns kein Geheimnis, daß bestimmte Kreise aus der Schwerindustrie alle Kräfte einsetzen, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Notverordnung für die Arbeitnehmer sich als unannehmbar gestalten mußte. Dies Ziel hat man zwar erreicht, das Hauptziel, durch die Unannehmbarkeit der Verordnung eine politische Krise herbeizuführen, und dadurch die reaktionären Führer der Großverdiener an die Spitze der Regierung zu bringen, ist nicht erreicht worden. Darob lange enttäuschte Gefächter auf der Gegenseite, man hatte doch alles so schön eingefädelt, das Bärenfell war bereits zerteilt und nun diese arge Enttäuschung. Dieselbe wird auch dadurch nicht gemildert, daß auch die Vertreter der Schwerindustrie ein Geschäft gegen die Notverordnung erheben, jeder Eingeweihte weiß, daß dasselbe nicht ernst gemeint, vielmehr zur Ablenkung dienen soll. Dasselbe gilt auch von dem Geschäft der Landwirtschaft, die wahrlich am wenigsten Ursachen zum Klagen hat, denn in diesem Punkte sind Opfer genügend gebracht worden.

Wenn die Regierungskreise aus den angebotenen Gründen verhindert ist, so muß trotzdem der Kampf um die Beseitigung der größten Härten der Notverordnung mit aller Entschiedenheit fortgesetzt werden, hierin kann es kein Zurückgeben geben, wir sind uns auch der weitgehendsten Unterstützung der Kollegen bewußt.

In diesem Zusammenhang sei auf eine betrübliche Erscheinung hingewiesen, das ist die Uneinigkeit der Arbeitnehmer. Ist es nicht geradezu beschämend angefaßt der großen wirtschaftlichen Not und der geschlossenen Front der Unternehmer, täglich mit ansehen zu müssen, wie die Arbeitnehmer sich gegenseitig mit Schmutz bewerfen, wie Morde an der Tagesordnung sind. Wenn diese Taten auch mehr politischen Hintergrund tragen, so bleiben die wirtschaftlichen Organisationen davon keineswegs unberührt, auf jeden Fall wird die Abwehrfront der Arbeitnehmer durch solche Vorgänge nicht gestärkt. Das Unternehmertum baut ja nur auf die Uneinigkeit der Arbeitnehmermassen. Glaubt jemand im Ernste, daß trotz der schweren Not die Unternehmer so brutal herausfordernd auftreten würden, wenn die Massen einig und geschlossen daständen? In der Einigkeit liegt die Macht und Stärke einer jeden Organisation. Die deutschen Gewerkschaften sind aufgebaut auf dem Grundsatz der religiös neutralen und parteipolitischen Unabhängigkeit. Dies muß auch der Sammelpunkt aller wahrhaft ehrlichen Verehrer der Arbeitnehmerinteressen sein. Zeigen wir auch in dieser schweren Zeit mehr Aktivität, werfen wir alle Nutzlosigkeit von uns, bilden wir eine geschlossene Abwehrfront, dann wird es auch möglich sein, die schwerste Krise zu überwinden.

Arbeitslosenversicherung und Heimarbeiter.

Die Notverordnung hat u. a. die grundsätzliche Herausnahme der Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden aus der Arbeitslosenversicherung vorgesehen. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt hat indessen zu entscheiden, welche Kategorien der Heimarbeiter wieder in die Versicherung übernommen werden. Der Gewerkschaft der Bekleidungsarbeiter führt seit Jahren einen Kampf, um die gleichberechtigte Eingliederung der Heimarbeiter in die Sozialversicherung. Auch jetzt hat sich unser Berufsverband in Gemeinschaft mit den freien und christlichen Berufsverbänden und dem Reichsverband für das Lohngewerbe in einer eingehend begründeten Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gegen die Bestimmungen

der ... In der Eingabe wird ...

Der ... hat die ...

Geldwertigkeit oder sozialer Volksstaat?

In einem Leitartikel, der Anfang Juli in einer ...

Von Gustav Schneider.

Bundesvorsitzer des Gewerkschaftsbundes der Angestellten.

Eine Volksregierung aber soll die Schwachen vor den Starken schützen. Weil dieses elementare Gesetz wirklicher Staatskunst größtenteils verlehrt wurde, hat die überwiegende Volksstimmung sich gegen die Notverordnung gestellt. Die Proteste der „Landwirtschaft“ haben keinerlei sachliche Grundlage, denn sie wird von der Notverordnung überhaupt nicht angetastet. Sie ist krisenstief. Sie protestiert aus Grundsatz, um die Aufmerksamkeit von der Rückständigkeit ihrer Betriebsführung abzulenken.

Die Schwerindustrie tut es, um ihre Befriedigung über das von ihr bei der Regierung Erreichte zu tarnen. Sie weiß sehr gut, welchen Sieg sie bei der Notverordnung errungen hat. Wer daran noch zweifelt, wird durch einen Artikel des Regierungsrats Hesse — engerer Mitarbeiter im Reichsfinanzministerium — in der Zeitschrift „Der Beamtenbund“ eines besseren belehrt. In diesem Artikel wird u. a. gesagt:

„Wir haben in den letzten Tagen nicht offensichtlich, aber für den, der den Sinn der Notverordnung zu erfassen vermag, gesehen, daß die Schwerindustrie trotz ihrer unverständlichen Verlautbarungen nach außen, übermächtigen Einfluß auf die Gestaltung der Notverordnung genommen hat.“

Die Schwerindustrie und die hochkapitalistischen Kreise haben bei den Beratungen der Notverordnung es verstanden, eine gewisse geistige Beeinflussung der Regierung durchzuführen.

Das schreibt ein Kenner der internen Vorgänge, der über die anonymen Kräfte unterrichtet ist, die auf die Regierung einwirken, die Verantwortung scheuen und nach außen schimpfen. Und damit vergleiche man die Haltung der Parteien, die von diesen anonymen Kräften gefördert und unterstützt werden. Ihnen ging die Belastung der Arbeitnehmer nicht weit genug. Sie wollten eine Regierung, die den übermächtigen Einfluß der Schwerindustrie bis zur letzten Konsequenz durchgeführt sehen wollte. Die Barrilade der Gewerkschaften sollte erstürmt werden, denn erst dann kann der beabsichtigte große Wurf gelingen: die Rechtslosmachung der Angestellten und Arbeiter.

Der Geist des seligen Herrn v. Stumm geht um, jenes Großunternehmers, der in den christlichen und kirchlich-konfessionellen Gewerkschaften weit gefährlichere Feinde sah, als in den freien Gewerkschaften. Und sein Prophet ist der volksparteiliche Fraktionsvorsitzende Dr. Dingeldey.

Die Notverordnung der Reichsregierung ist diesem Geiste bereits viel zu weit entgegengekommen. Kann von jenen, den sie in diesem Punkte nicht weit genug ging, eine Umgestaltung in sozialem Geiste erwartet werden?

Nur kindlich Gläubige könnten es. Wer die Macht, die Herrschaft und die Zielsetzung der Kapitalgehaltigen kennt, die gegen das Kabinett Brüning anrennen, der weiß auch, warum es geht:

Offene Ausrichtung der plutokratischen Herrschaft, Entrechnung der Angestellten und Arbeiter. Das Großkapital soll herrschen, die Masse hat stillzustehen, Maul zu halten und zu gehorchen! Es gibt leider auch viele Arbeitnehmer, denen diese geistige Untermütigkeit ein

Ideal ist. Aber der freie, selbstbewußte, sich seines Menschentums bewußte Mensch wird in einer solchen Gefolgschaft keine Befriedigung finden. Auch der Staatsbürger nicht!

Wenn die Wirtschaft nicht Sache des einzelnen oder einer kleinen Clique ist — die „sozialistischen“ Ideen in jeder Form sind doch die glänzenden Belegstücke dieser Sache — ebensowenig kann „der Staat“ Sache eines Einzelnen oder einer Clique sein!

Parteien gehören zum Leben jeder Nation. Aber auch sie sind nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Sie dürfen nicht ihre Parteiziele über den Staat stellen, sondern müssen sie eingliedern. Nicht die Partei ist die Hauptsache, sondern das Volk, die Nation! Parteien, die diesen Grundsatz anerkennen, sind heute unpopulär. Sätten sie den Mut dazu nicht gehabt, dann hätten wir heute unter einer Katastrophe voneinander. Sie wäre schlimmer als der verlorene Krieg, als der verlorene Rückkampf — es wäre der dritte Kampf, den Deutschland mit zweifach geschwächten Kräften verloren hätte.

An der Abwendung dieser dritten Niederlage — das spreche ich mit allen Vorbehalten gegen die Notverordnung aus — ist das Kabinett Brüning nicht ohne Verdienst. Dieses Kabinett hat das Gewissen der Welt wachgerüttelt. Amerika ist aus seiner Letzargie erwacht, erkennt die Gefahren, die ein Zusammenbruch Deutschlands für Europa, ja die ganze Welt bedeutet. Der einjährige Zahlungsaufschub bringt die Atempause für die Revision des Youngplanes und die Möglichkeit, die Härten der Notverordnung für Angestellte und Arbeiter zu beseitigen. Die Vernunft siegt über Phantastereien — der Weg ins Freie ist geöffnet. Damit aber auch der Weg für die Erämpfung des gerechten Anteils der Angestellten und Arbeiter am Ertrage der Arbeit.

Läßt den Mut nicht sinken! Nicht der phrasenreiche Radikalismus bahnt den Weg in ein neues Reich, in dem auch Angestellte und Arbeiter eine Heimat haben, sondern nur die praktische Vernunft.

Tabelle der neuen Unterstützungssätze.

(versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung.)

Lohnklasse	wöchl. Arbeitsentgelt	Einheitslohn	H. U.		F. B.	
			tägl.	wöchl.	tägl.	wöchl.
I	bis 10,--	8,--	0,93	5,60	0,07	0,40
II	10,01—14,--	12,--	1,20	7,20	0,10	0,60
III	14,01—18,--	16,--	1,33	8,--	0,13	0,80
IV	18,01—24,--	21,--	1,47	8,82	0,17	1,05
V	24,01—30,--	27,--	1,58	9,45	0,23	1,35
VI	30,01—36,--	33,--	1,92	11,55	0,28	1,65
VII	36,01—42,--	39,--	2,11	12,63	0,32	1,95
VIII	42,01—48,--	45,--	2,25	13,50	0,37	2,25
IX	48,01—54,--	51,--	2,55	15,30	0,42	2,55
X	54,01—60,--	57,--	2,85	17,10	0,47	2,85
XI	über 60,--	63,--	3,15	18,90	0,52	3,15

wöchentliche Hauptunterstützung mit Familienzuschlägen.

Lohnklasse	Zuschläge					
	1	2	3	4	5	6
I	6,--	6,40	—	—	—	—
II	7,80	8,40	9,--	9,60	—	—
III	8,80	9,60	10,40	11,20	12,--	—
IV	9,87	10,92	11,97	13,02	14,07	15,12
V	10,80	12,15	13,50	14,85	16,20	17,55
VI	13,20	14,85	16,50	18,15	19,80	21,45
VII	14,63	16,58	18,53	20,48	22,43	24,38
VIII	15,75	18,--	20,25	22,50	24,75	27,--
IX	17,85	20,40	22,95	25,50	28,05	30,60
X	19,95	22,80	25,65	28,50	31,35	34,20
XI	22,05	25,20	28,35	31,50	34,65	37,80

nach § 105 a:

Lohnklasse	wöchl. Arbeitsentgelt	Einheitslohn	H. U.		F. B.	
			tägl.	wöchl.	tägl.	wöchl.
VII/VI	36,01—42,--	39,--	1,92	11,55	0,32	1,95
VIII/VII	42,01—48,--	45,--	2,11	12,63	0,37	2,25
IX/VIII	48,01—54,--	51,--	2,25	13,50	0,42	2,55
X/VIII	54,01—60,--	57,--	2,25	13,50	0,47	2,85
XI/IX	über 60,--	63,--	2,55	15,30	0,52	3,15

wöchentliche Hauptunterstützung mit Familienzuschlägen.

Lohnklasse	Zuschläge					
	1	2	3	4	5	6
VII/VI	13,50	15,45	17,40	19,35	21,30	23,25
VIII/VII	14,93	17,18	19,43	21,68	23,93	26,18
IX/VIII	16,05	18,60	21,15	23,70	26,25	28,80
X/VIII	16,35	19,20	22,05	24,90	27,75	30,60
XI/IX	18,45	21,60	24,75	27,90	31,05	34,20

Unterstützungsklassen der Krisenfürsorge.

A ohne zuschlagsberechtigigte Angehörige.

- IX—XI = VI
- VII—VIII = V
- VI = IV
- V = III

B mit zuschlagsberechtigigten Angehörigen.

- IX—XI = VII
- VII—VIII = VI
- VI = V

Die Unterstützungsklassen der Krisenfürsorge gelten auch für berufstätliche Arbeitslosigkeit.

Der deutsche Bankbeamtenverein hielt seine diesjährige Hauptversammlung in Dresden ab; es hatten sich über 300 Vertreter aus allen Teilen des Reiches eingefunden. Im Namen der sächsischen Staatsregierung begrüßte der Innen- und Arbeitsminister Dr. Richter die Tagung mit sehr freundlichen Worten für die Richtlinien und sozialen Leistungen der Organisation, für die Tätigkeit des Vorsitzenden Fürstenberg und für die leitenden Grundsätze des Gewerkschaftsringes „National, freiheitlich und sozial“. Als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums war Ministerialrat Goldschmidt anwesend, der u. a. die Überführung betonte, die der DVB. und seine Führer im Ministerium genossen, weil man dort das Verantwortlichkeitsgefühl nicht nur für die Bankbeamten, sondern auch für die Gesamtbevölkerung wahrte. Für die Stadt Dresden begrüßte deren Oberbürgermeister Dr. Kütz die Versammlung, der hierbei u. a. die Bildungsarbeit des DVB. anerkennend würdigte. Der Gewerkschaftsring war durch seinen Generalsekretär, Reichstagsabgeordneten Lemmer, und das Vorstandsmittglied Franz Neufeldt, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, vom Verband der deutschen Gewerkschaften vertreten. Die im Namen aller Ringverbände vom Vorsitzenden Lemmer gehaltenen Begrüßungsansprache fand besonders lebhaften Beifall. — Aus dem vom Vorsitzenden Fürstenberg erstatteten Tätigkeitsbericht für die verfloßene Geschäftsperiode ging u. a. hervor, daß der DVB. in dieser Zeit, während welcher das Bankgewerbe über 10 000 Angestellte abgebaut hat, einen Zuwachs von 3200 neuen Mitgliedern verzeichnen kann; es ist jetzt ein Bestand von rund 40 000 Mitgliedern vorhanden, wodurch mehr als die Hälfte der kaufmännischen Bankangestellten erfasst ist. In den Betriebsräten werden 72 Prozent der kaufmännischen Vertreter vom DVB. gestellt; in den Bankaufsichtsräten sogar 84 Prozent. Gegenüber dem freigewerkschaftlich-sozialistischen Allgemeinen Verband der Bankangestellten und dem deutschnationalen Handlungsgehilfenverband ist somit eine überwältigende Majorität vorhanden. Die vom Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes und vom DVB. i. J. 1909 gegründete Neutrale Bankbeamten-Pensionskasse, mit der 1930 die Hauspensionskasse der früheren Deutschen Bank infolge der Initiative des Deutschen Bankbeamtenvereins verschmolzen wurde, umfaßt über 66 000 Versicherte und verfügt über ein Vermögen von über 140 Millionen Reichsmark. Durch eine umfangreiche und energisch betriebene Rechtschutzfähigkeit konnten in der Berichtsperiode an Gehaltsnachzahlungen, Abfindungen usw. RM. 2 180 000 für die Mitglieder herausgeholt werden. — Aus dem vom Leitungsmittglied Iden erstatteten Kassenbericht sei hervorgehoben, daß in der Berichtszeit ein Ueberschuß von rund 240 000 Reichsmark erzielt wurde. — Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, sprach dann in eingehender und anschaulicher Weise über „Probleme des Arbeitsmarktes“. — Im Verfolg der sozialen Tätigkeit und als Zusammenfassung der Verhandlungen wurden verschiedene Entschlüsse angenommen. In Reichsregierung und Reichstag wurde erneut die dringende Forderung gerichtet, eine baldige Revision der Reparationsverpflichtungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln herbeizuführen. Gegen die Notverordnung vom 6. Juni, die sich in ihrer Auswirkung hauptsächlich gegen die Angestellten richtet, wurde mit größtem Nachdruck protestiert und eine durchgreifende Revision gefordert. Die unberechtigterweise erfolgte Gehaltsförmung im Reichsstarif muß bei nächster Gelegenheit wieder beseitigt werden. Eine Herauslösung der öffentlich-rechtlichen Bankinstitute aus der Allgemeinverbindlichkeit dieses Tarifes darf nicht stattfinden. Weitere Entschlüsse treten für Sicherheitswirtschaft und Ausbau der Neutralen Bankbeamten-Pensionskasse, für den Schutz der älteren Angestellten, gegen weiteren Personalabbau, für verstärkten Mieterschutz und Senkung der Mieten und für die Bildung von Wohnheimstätten ein. Gegen die Zulassung von Rechtsanwältinnen bei den Arbeitsgerichten wird entschieden Einspruch erhoben. — Die Tagung bot ein höchst eindrucksvolles Bild fester Gesinnung und vollen Vertrauens zur Führung des deutschen Bankbeamtenvereins, durch den der Gewerkschaftsring im Bankgewerbe in kraftvoller und erfolgreicher Weise vertreten wird.

Zusammenfluß der Berufsmusiker.

Neue Stärkung des Gewerkschaftsringes.

Spd. Aus der großen Notlage im deutschen Musikergewerbe heraus, in dem 80 Prozent der Berufsangehörigen erwerbslos sind, wurde vor einiger Zeit der Fachverband deutscher Berufsmusiker (Fa-De-Be) gegründet. — Seine Aufgabe ist es, zur Erhaltung der Existenz des Berufsstandes den Kampf zu führen gegen Schmutz-Konkurrenz durch Nebenberufler und Doppelverdiener. Er nimmt nur gelernte Berufsmusiker auf und erwartet den Anschluß aller noch abseits stehenden Berufsmusiker, um erfolgreich den schweren wirtschaftlichen Existenzkampf durchführen zu können.

Der Fachverband deutscher Berufsmusiker, der parteipolitisch und konfessionell neutral ist, hat sich als Spitzenorganisation dem freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände angeschlossen, der damit eine neue Stärkung erfahren hat.

Sonderchutz für Jugendliche.

Der Reichsregierung und den Fraktionen des Reichstages sind Eingaben des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände, der Spitzenorganisation von mehr als 100 Reichsjugendverbänden aller Richtungen, zugeleitet worden, in denen die beschleunigte gesetzliche Regelung eines Sondergesetzes für jugendliche Arbeitnehmer aufgestellt wird.

Die Forderungen beziehen sich auf eine Herabsetzung der Arbeitszeit erwerbstätiger Jugendlicher bis zu 18 Jahren, auf Verbot der Nacharbeit, auf Einführung des Sonnabend-Frühschlusses, auf das Verbot der Sonntagsarbeit und auf die Gewährung eines bezahlten Mindesturlaubs von 21 Kalendertagen für jugendliche Arbeitnehmer unter 16 Jahren und von 14 Kalendertagen für Arbeitnehmer vom 16. bis zum vollendeten 17. Lebensjahre.

Die Forderungen des Reichsausschusses werden durch statistische Angaben über die Arbeitsverhältnisse Jugendlicher belegt. Nach den Erhebungen des Reichsausschusses muß jeder dritte Jugendliche mehr als 48 Stunden in der Woche arbeiten, jeder achte muß Sonntagsarbeit leisten, jeder zweite Jugendliche hat keinen Wochenend-Frühschluß, jeder vierte Jugendliche erhält überhaupt keinen Urlaub.

In seiner Eingabe an die Reichsregierung drückt der Reichsausschuss als seine Überzeugung aus, daß der heutige Staat seiner Jugend kein ebleres Geschenk machen, die Jugend nicht besser von seiner hohen Aufgabe, Gerechtigkeit zu üben, den Schwachen und Unmündigen Schutz zu gewähren, überzeugen kann, als daß er durch Gesetzgebung der erwerbstätigen Jugend eine ausreichende Freizeit und damit den Lebensraum gewährt, in dem die Jugend sich bilden und gebildet werden kann zu reifen, Volk und Staat mittragenden Menschen.

Dem Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände gehört auch der Jugendbund der deutschen Gewerkschaften an.

Rund 550 000 arbeitslose Jugendliche.

Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen ist ein besonders ernstes Kapitel. Jugendliche bis zu 21 Jahren erhielten Arbeitslosenunterstützung am 31. Juli 1929 rund 100 000, am 31. Juli 1930 bereits 228 000 und am 31. Januar 1931 über 395 000. Die Gesamtzahl der jugendlichen Arbeitslosen ist aber größer als die Zahl der Unterstützung empfangenden. Es fehlen in dieser sehr viel Arbeitslose unter 16 Jahren, die noch verhältnismäßig selten unterstützungsberechtigt sind. Es fehlen ferner alle langfristig arbeitslosen Jugendlichen, da Arbeitslose unter 21 Jahren nur höchstens 26 Wochen lang Unterstützung beziehen können. Man kann diese fehlenden Gruppen auf mindestens 155 000 beziffern, so daß Ende Januar 1931 etwa 550 000 arbeitsfähige aber arbeitslose Jugendliche vorhanden waren.

Eine mutige Tat.

Während noch alle Blicke nach der Wilhelmstraße gerichtet waren, ob es gelingen wird, die Regierungskrise zu meistern, traf wie ein elektrischer Funke die Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten Hoover ein, in der zum Ausdruck kam, daß Amerika bereit ist, Deutschland finanzielle Hilfe zuteil werden zu lassen. In der Botschaft heißt es:

Die amerikanische Regierung schlägt einen einjährigen Aufschub aller Zahlungen auf Schulden der Regierungen, Reparationen und Wiederaufbauschulden vor, und zwar sowohl bezüglich des Kapitals wie der Zinsen, ausgenommen natürlich Schuldverpflichtungen der Regierungen, die sich in Privathänden befinden. Vorbehaltlich der Zustimmung des Kongresses ist die amerikanische Regierung bereit zu einem Aufschub aller ihr seitens fremder Regierungen geschuldeten Zahlungen während des am 1. Juli 1931 beginnenden Etatsjahres unter der Bedingung, daß die wichtigeren Gläubigerstaaten ebenfalls alle ihnen geschuldeten Zahlungen auf Regierungsschulden für ein Jahr aufschieben.

Zweck dieses Schrittes ist, das kommende Jahr der wirtschaftlichen Erholung der Welt zu widmen und die Kräfte in den Vereinigten Staaten, die bereits am Wiederaufbau arbeiten, von den von außen kommenden verzögernden Faktoren zu befreien. Die über die ganze Welt verbreitete Depression hat die europäischen Staaten mehr in Mitleidenschaft gezogen als uns. Einige jener Staaten fühlen die Verminderung ihrer wirtschaftlichen Stabilität durch diese Depression in erstem Maße. Das Gewicht der Regierungsschulden, das in normalen Zeiten tragbar wäre, drückt inmitten dieser Depression schwer auf die Völker.

Aus einer Reihe von Gründen, die aus der Depression resultieren, beispielsweise der Preissenkung fremder Waren und das mangelnde Vertrauen in die wirtschaftliche und politische Stabilität im Ausland, begann eine abnorme Zuwanderung von Gold nach den Vereinigten Staaten, wodurch die Kreditfähigkeit vieler fremder Staaten vermindert wurde. Diese und andere Schwierigkeiten im Ausland verringern die Kaufkraft für unsere Exportwaren und sind daher im gewissen Umfang schuld an unserer fortwährenden Arbeitslosigkeit und den fortwährend niedrigen Preisen für unsere Exportprodukte. Rechtzeitige Maßnahmen sind daher geboten, um den Druck dieser ungünstigen Faktoren im Ausland zu lindern, zur Wiederherstellung des Vertrauens beizutragen und dadurch den politischen Frieden

und die wirtschaftliche Stabilisierung in der Welt zu fördern. Dem Präsidenten ist von führenden Mitgliedern beider Häuser des Kongresses herzliche Unterstützung zugesichert worden.

Der Kern des Vorschlages ist, den Schuldner Zeit zur Wiedererlangung ihrer nationalen Prosperität zu geben, und ich richte an die Amerikaner den Rat, in ihrem eigenen Interesse gute Gläubiger und gute Nachbarn zu sein.

Ich möchte diese Gelegenheit dazu benutzen, meine Ansicht über unsere Beziehungen zu den deutschen Reparationen und den uns von den europäischen alliierten Regierungen geschuldeten Summen offen zu äußern: Unsere Regierung hat sich nicht an der Aufhebung der Reparationen beteiligt, noch sich irgendwie bezüglich ihrer Festsetzung geäußert. Wir haben mit voller Kraft keinen Anteil gehabt an den allgemeinen Reparationen oder an der Aufteilung von Kolonien oder von Privatvermögen. Die Rückzahlung der Anleihen, die wir den Alliierten für den Krieg und für Wiederaufbauzwecke gewährten, wurde auf einer Basis geregelt, die weder mit den deutschen Reparationen irgendwie zusammenhängt, noch von deren Zahlung abhängig gemacht wurde. Daher ist die Reparationsfrage notwendigerweise ein rein europäisches Problem, mit dem wir nichts zu tun haben. Ich billige nicht im entferntesten die Streichung der uns geschuldeten Summen. Das Weltvertrauen würde durch einen derartigen Schritt nicht gefördert werden. Keiner unserer Schuldner hat das je vorgeschlagen, aber da die Basis der Fundierung dieser Schulden die Zahlungsfähigkeit des Schuldners unter normalen Verhältnissen war, so führen wir nur konsequent unsere eigenen Prinzipien durch, wann wir die gegenwärtigen anormalen Verhältnisse in der Welt in Rechnung ziehen. Ich bin davon überzeugt, daß das amerikanische Volk nicht den Wunsch hat, den Versuch zu machen, vom Schuldner mehr herauszuholen, als er zahlen kann, und meiner Ansicht nach verlangt eine weitschauende Politik, daß unsere Regierung die gegenwärtige Situation in ihrer Realität anerkennt. Diese Haltung entspringt vollkommener unserer bisher besorgten Politik. Wir werden dadurch nicht die Diskussion rein europäischer Probleme, zu denen die Reparationsfrage gehört, hineingezogen, wir wollen lediglich unsere Bereitschaft ausdrücken, zur baldigen Erholung der Weltprosperität, an der unser Volk so stark interessiert ist, unseren Teil beizutragen.

Ich möchte noch hinzufügen, daß wir, obgleich dieser Schritt mit der für nächsten Februar angedachten Konferenz zur Beschränkung der Landrüstungen nichts zu tun hat, doch die Hoffnung haben, angesichts des starken Einflusses des Betrübtes auf die gegenwärtige Depression werde unser Schritt zur freundschaftlichen Beziehungen beitragen, die für die Lösung dieser wichtigen Rüstungsfrage so notwendig sind.

Der Schritt des Präsidenten Hoover ist in erster Reihe durch die Wirtschaftsbedürfnisse der Vereinigten Staaten bestimmt. Daneben hat die Erkenntnis von der Wirtschaftskatastrophe Deutschlands müßte einen Krankheitsherd mitten in Europa schaffen, von dem naturgemäß immer neue Giftstoffe in den Blutkreislauf der Völker geleitet würden. Die Erkenntnisse, von denen Hoovers Vorschlag ausgeht, stimmen im wesentlichen überein mit der innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen vertretenen Auffassung, wonach das System politischer Schulden zwar nicht die ausschließliche, aber doch einen großen Teil der Schuld an der Zerrüttung der Weltwirtschaft trägt. Die Pflöcklichkeit des Schrittes Hoovers hat überrascht. Noch vor wenigen Wochen hatten die amerikanischen Staatsmänner den Grundsatz der Zurückhaltung von allen europäischen Angelegenheiten vertreten. Das entsprach offenbar auch der Stimmung des amerikanischen Volkes, das traditionell geneigt war, Entlastung zu üben, sich vom alten Kontinent und seinen Sorgen fernzuhalten, die europäischen Mächte austreffen zu lassen, was sie sich eingebrockt hatten. Zwar waren amerikanische Gelehrte, Wirtschaftler und Finanziers hervorgetreten und hatten auf den engen Zusammenhang von Weltwirtschaftskrise und politischer Nachkriegsschuldung hingewiesen. Zwar fehlte es nicht an gewichtigen Stimmen aus der New Yorker City mit dem ständig wiederkehrenden Refrain, die auf den Vereinigten Staaten lastende Absackung sei zu einem wesentlichen Teil auf die Kaufkraftschöpfung der schuldenüberlasteten europäischen Völker zurückzuführen. Politisch vermochte sich diese Einsicht zunächst nicht auszuwirken. Den Erkenntnissen vorausschauender Wirtschaftler und Wissenschaftler hinken Volkstimmung und praktische Politik in der Regel beträchtlich nach. Wallstreet ist nicht der Farmer im Innern des Landes, nicht der „Mann von der Straße“. Er sah nicht die weltwirtschaftliche Verflechtung aller dieser Vorgänge, nicht die Rückwirkungen der mitteleuropäischen Not auf Amerikas Export und Produktion. Er fürchtete nur, daß man seine Steuerlast vermehren könnte, wenn man den europäischen Schuldnerländern entgegenkäme. Und diesem Empfinden des amerikanischen Steuerzahlers mußte die Regierung der Vereinigten Staaten bis zu einem bestimmten Punkte Rechnung tragen. Um so bemerkenswerter die blitzschnelle Art, mit der Präsident Hoover dann das Steuer herumwarf. Als er erkannte, daß die steigende Not Deutschlands und die notwendig daraus erwachsenden weltwirtschaftlichen Komplikationen eine neue, auch für Amerika bedrohliche Lage geschaffen hatten, handelte er, mutig und unbekümmert, wie Gewissen und Einsicht es ihm vorschrieben.

Die Reichsregierung hat die Tat Hoovers mit lebhaftem Interesse begrüßt. Der Reichsarbeitsminister hat dies in einer Rede zum Ausdruck gebracht.

„Das vorgeschlagene Verbot soll nach der Bestimmung des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht nur der Verteilung des internationalen Vertrauens auf die Welt dienen und damit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt dienen, es verleiht gleichzeitig dem Weltfrieden eine neue Basis zwischen den Völkern von der Unabhängigkeit zu bestehen und eine auf höherer Zusammenarbeit beruhende Beziehung herzustellen. Eine Gewährung der Weltwirtschaftlichen Beziehungen ist ohne die politische Verständigung der Welt nicht denkbar. Das Gebot Hoovers und der Welt führt davon aus, daß diejenigen, die ein tragbares Weltvertrauen zu schaffen haben, nicht auf beiden Seiten sich zu Entschlossenheit aufpassen, welche die bestmögliche Not der Stunde von allen Regierungen und Völkern erhebt. Nur dieses Ziel wird der amerikanische Vorschlag Raum schaffen, wenn er von den in Frage kommenden Ländern in demselben hofherzigen Geiste angenommen wird, in dem er von seinem Urheber gemacht worden ist.“

Die deutsche Regierung ist bereit, mit allen Kräften an der Erreichung dieses Zieles der amerikanischen Initiative mitzuarbeiten. Sie hat den aufrichtigen Willen, auch von der politischen Seite her zusammen mit allen Regierungen an die Lösung der Fragen heranzugehen, die für die Beruhigung Europas von Bedeutung sind. Je mehr die schwere wirtschaftliche und soziale Not sich mildert, unter der das deutsche Volk leidet, um so stärker und einmütiger wird seine Bereitschaft und seine Fähigkeit hervortreten, ein Bollwerk der Ruhe und der Ordnung in Europa zu sein.“

Wir als Arbeitnehmer können es nur begrüßen und werden alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, Ruhe und Ordnung in Europa wieder herzustellen. Der größte Widerstand ist von Frankreich zu erwarten, beim Schreiben dieser Zeilen liegt noch keine endgültige Nachricht vor, ob es möglich sein wird, mit der französischen Regierung eine Verständigung zu erzielen, doch wollen wir in dieser Beziehung das Beste hoffen.

Lohn- und Tarifvertragsbewegung in der Berliner Musikinstrumenten-Industrie.

Im Berliner Holzgewerbe besteht nach wie vor ein tarifloser Zustand. Nachdem der gefällte Schiedsspruch durch Ablehnung der Verbindlichkeit zum Zwangstarif nicht erhoben wurde, ist es zu weiteren Verhandlungen oder einer Vereinbarung nicht gekommen.

Auch in der Berliner Musikinstrumentenindustrie ist seitens des Arbeitgeberverbandes Lohn- und Mantelvertrag gekündigt worden. Beide haben den Ablaufstermin erreicht, zu einer neuen vertraglichen Regelung ist es bisher nicht gekommen, so daß auch hier ein vertragsloser Zustand eingetreten ist. In der Lohnfrage verlangen die Arbeitgeber einen Lohnabzug von 18 Prozent. Das bedeutet, daß der bisherige Lohn von 1,28 RM. auf 1,05 RM. herabgesetzt werden soll. Auch für den Mantelvertrag werden Änderungen verlangt, die sich eng an den Schiedsspruch der Berliner Holzindustrie anpassen. Am 1. Juli fanden die ersten Verhandlungen statt, doch sind die Gegensätze so groß, daß man sich schwer eine Verständigung vorstellen kann, zumal bei der augenblicklichen Geschäftslage.

Allgemeinverbindlich erklärter Tarifvertrag.

Der am 22. Januar 1931 für das ostpreussische Holzgewerbe abgeschlossene Lohn- und Manteltarifvertrag ist durch das Reichsarbeitsministerium für allgemeinverbindlich erklärt worden.

Abdruck:

Der Reichsarbeitsminister
III Nr. 3182/135 Tar.

Berlin NW. 40, den 22. 6. 1931
Scharnhorststr. 35.

Entscheidung.

Die nachstehend bezeichneten Tarifverträge werden im angegebenen Umfange gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzblatt 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

I. Parteien des Tarifvertrages

a) auf Arbeitgeberseite:

Ostpreussischer Arbeitgeberverband für Handel, Industrie und Gewerbe e. V., Sitz Königsberg Pr.;

b) auf Arbeitnehmerseite:

Deutscher Holzarbeiterverband, Gau Ostpreußen;
Zentralverband christlicher Holzarbeiter, Gau Danzig-Ostpreußen;
Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschlands
H.-D. Bezirk Osten.

II. Tag des Abschlusses: a) 22. Januar 1931, Lohn-

tarifvertrag; b) 15. April 1931, Änderung des Mantel-

tarifvertrages und Ortsklassenverzeichnis, Nach-

träge zum allgemeinverbindlichen Manteltarif-

vertrag vom 12. Juni 1926.

11. Verminderte Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit

Arbeitslose Arbeiter in Holzwerke im Umfange der §§ 1 und 2 des Mantelvertrages vom 15. April 1931.

Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Arbeitsverträge der Arbeiter, die in Betrieben beschäftigt sind, die nicht zum Holzgewerbe gehören, treten aber auf Betriebe, in die Lohnverträge abgeschlossen sind.

12. Verminderte Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit

Landesgebiet des Reichs.

V. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. Juni 1931.

VI. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit:

Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer weiteren Zustimmung durch den Reichsarbeitsminister, jeweils mit dem Tarifvertrage.

Zum Auftrag:

gez. Unterzeichnet.

(Stempel des Reichsarbeitsministeriums.)

Jur Frage der Verkürzung der Arbeitszeit.

Die 2. Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 sieht bekanntlich auch eine Ermächtigung zur Einschränkung der Arbeitszeit vor. Die Spitzenverbände der Gewerkschaften erblicken in der Verkürzung der Arbeitszeit kein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, vertreten vielmehr den Standpunkt, daß durch eine Arbeitszeitverkürzung es möglich sein müßte, einen nicht unbedeutenden Teil der Arbeitslosen dem Arbeitsprozess wieder zuzuführen. Wir verkennen die Schwierigkeiten dieses Problems keineswegs, vor allen Dingen spielt die Frage des Lohnausgleichs eine große Rolle. Die Schwierigkeiten sind durch die allgemeine Lohnsenkung nicht geringer geworden. Als feinerzeit die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert wurde, lag eine allgemeine Lohnsenkung noch nicht vor. Jetzt, nachdem mit Hilfe der Regierung ein Lohn- und Gehaltsabbau in solch hohem Ausmaße erfolgt ist, kann man den Arbeitnehmern nicht zumuten, eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich in Kauf zu nehmen, denn das würde praktisch auf eine weitere Verelendung der Massen und auf eine weitere Schwächung der Kaufkraft hinauslaufen.

Das Reichsarbeitsministerium bemüht sich nun in der Frage der Arbeitszeitverkürzung eine Verständigung in den einzelnen Berufen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeizuführen. Wir versprechen uns von dieser Aktion wenig Erfolg, die Regierung kommt offenbar mit der Sache ein Jahr zu spät, die Durchführbarkeit einer derartigen Maßnahme wäre denkbar, bevor die allgemeine Lohnsenkung vom Herbst vorigen Jahres einsetzte. Mit dem Widerstand der Arbeitgeber müßte immer gerechnet werden, indem dieselben aus Prinzip Gegner jeder Arbeitszeitverkürzung sind, sie sind in ihren Bestrebungen ständig von der Regierung unterstützt worden. Dieser Widerstand wäre leichter zu überwinden gewesen, wenn die Arbeitnehmer in ihrer Verdienstspanne nicht so arg geschmälert wären. Wie weit die Regierung auf dem Verordnungswege eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeiführen wird, bleibt abzuwarten.

Soziale Wirkungen der Konjunktur.

Das Institut für Konjunkturforschung hat eine graphische Darstellung über das Thema „Soziale Wirkungen der Konjunktur“ herausgegeben. In dieser Tabelle werden Kurven über Eheschließungen und Geburten aufgezeichnet, über Selbstmorde und Diebstähle, über Hehlerei, Raub, Abtreibung und Kupperei, soweit sie registriert oder aktenmäßig erfaßt worden sind. Parallel dazu läuft eine Kurve des Beschäftigungsgrades, sie basiert auf den Angaben verschiedener Arbeitnehmerverbände über die Zahl ihrer jeweils beschäftigten oder arbeitslosen Mitglieder. Die Zusammenstellung bezieht sich auf die Jahre 1924 bis 1929.

Der Zweck dieser Tabellen ist, zu zeigen, in wie hohem Maße die jeweilige ökonomische Situation für die sozialen Vorgänge mitverantwortlich ist, wie sehr Geburtenrückgang, Selbstmordziffern und wachsende Kriminalität von Konjunktur und Krise abhängen, vom Arbeitendürren und Arbeitslosigkeit.

In manchen Fällen spielen allerdings auch andere Faktoren eine Rolle, so ist die Geburtenzahl seit 1925 ständig gesunken (von 11 auf 13 vom Tausend), obwohl die Beschäftigungskurve seit der Nach-Inflationskrise des Jahres 1925 bis zum Jahre 1928 steil aufwärtsgeht. So ist die Zahl der Eheschließungen, vom Konjunktur- auf abwärts, umbeinahe, von 8 auf 11 vom Tausend gesunken.

Aber die Zahlen der Selbstmorde und der kriminellen Verurteilungen sind eng mit der ökonomischen Lage verknüpft, sie steigen, wenn die Beschäftigungskurve sinkt, — sie sinken, wenn die Zahl der Arbeitenden steigt. Und hier läßt sich eine Parallele zu den heutigen Verhältnissen ziehen.

Wenn die Tabelle geht nur bis 1929, sie bricht also gerade zu Beginn der gegenwärtigen Krise ab. Aber

zwischen 1921 und 1929 liegt die sogenannte „Krisen-Kurve“ der Jahre 1924-25 — eine Krise, in der es allerdings eine für unsere heutigen Begriffe winzige Arbeitslosen-Zahl gab — nur eine halbe Million. Schon in diesen Jahren schenkte die Selbstmordkurve von 26 auf 28 pro 100000 Menschen einpor, sie stieg dann bei günstiger Konjunktur wieder auf 26 ab — um dann im Jahre 1929 — bei Beginn der Krise plötzlich auf 29 zu steigen. Bei den Diebstählen, die einmal für die Jahre 1930-31 hergestellt werden, wird man das Kurvenbarometer um einige Grade empfinden müssen.

Bei den verschiedenen Verstoßen gegen das Strafgesetz liegen die Dinge ähnlich. Die Zahl der einfachen Diebstähle lag im Jahre 1924-25 auf 196 Eigentumsdelikte für 101000 strafmündige Einwohner, im Jahre 1927 sind es knapp 150 — eine Differenz von fast 25 Prozent. Bei den schweren Diebstählen ist der Unterschied noch größer — die Zahl ist in der Krise um 50 Prozent höher als während der Konjunktur. Auch die Hehlerei, Raub und räuberische Erpressung steigen. Alle Kurven steigen im Jahre 24, sinken darauf ab, beginnen alle seit Anfang 29 wieder zu steigen.

Im Jahre 1924-25 hatten wir 500000 Arbeitslose. Heute haben wir fünf Millionen. In der schlimmsten Krise der Nach-Inflation nahmen sich täglich in Deutschland etwa 50 Menschen das Leben — im Winter 30-31 waren es 68. Im Weltkrieg hat es Tage gegeben, in denen weniger Opfer an Menschenleben zu beklagen waren, als in den Tagen des tiefsten Friedens im Jahre 1931.

Aus den Ortsvereinen.

Breslau. Bildungsfahrt der Erwerbslosen des Ortsverbandes der deutschen Gewerksvereine H.-D.

Der Ausschuss hatte seine Mitglieder zu einer Bildungsfahrt nach Waldenburg aufgefordert. Dem Rufe waren zirka 200 Personen gefolgt, auch eine ganze Reihe an Arbeit stehender Kollegen hatten sich eingefunden, um an der Fahrt teilzunehmen. Am Sonntag, dem 21. Juni 6 Uhr begann die Fahrt vom Kaufmannsheim aus mit 2 Lastautobussen. Trotdem es vom Sonnabend Abend bis Sonntag früh ununterbrochen geregnet hatte, hatte es sich Petrus doch dann anders überlegt und uns für den Ausflugstag das schönste Wetter beschert. Denn es sollte doch diese Fahrt den Zweck haben, unsere Leute mal auf andere Gedanken zu bringen und die Schönheiten der engeren Heimat kennen zu lernen. Die Fahrt selbst ging zunächst über Schweidnitz am Vater Jodten vorbei nach Freiburg bis Bad Salzbrunn. Dort wurden wir von den Waldenburger Kollegen und von der Jugendgruppe empfangen. Nach einer Frühstückspause machten wir einen Rundgang durch den Park und Kurgarten. Anschließend ging es die Hauptstraße entlang nach Weißstein, wo eine Mittagspause eingelegt wurde. Die Kinderabteilung der dortigen Jugendgruppe verstand es, durch hübsch arrangierte Volkstänze unsere Kollegen zu erfreuen. Kollege Flegel dankte für den Besuch und hieß alle Erschienenen herzlich willkommen. Kollege Jentich dankte dem Vorredner für seine Begrüßung und ermahnte alle fest zusammen zu halten an der Organisation der deutschen Gewerksvereine. Nach dem sich alle gestärkt, bewegte sich die große Zahl der Teilnehmer durch Weißstein, um am Tale des Hochwaldes entlang zu wandern, nach der Waldheimstätte. Hier hatten wir das schönste Panorama, im Tal lagen die Gruben, wo schon so mancher Kollege sein Leben lassen mußte. In uns fühlten wir das Elend, welches diese Gruben in einigen Minuten durch Naturereignisse anrichten können. An den Waldheimstätten angelangt, wurden wir durch die einzelnen Säle geführt, bewunderten die hygienischen Einrichtungen, wo auch die Kinder der Grubenarbeiter eine 6wöchentliche Erholungszeit verbringen können. Nun ging es bergabwärts, durch wunderbares Waldgebiet und gelangten in das Oberdorf von Weißstein. Hier konnten wir sehen, wie durch die Untermühlung des Bodens sich Häuser und Straßen gesenkt haben, konnten aber auch das einfache Leben der Bergarbeiter kennen lernen. Nun ging es am Julius-Schacht vorbei nach Waldenburg und beschäftigten dort das Knappschafstlazarett, das Stadion und die Stadt. Um 18 Uhr gelangten wir auf der Schillerhöhe an, wo jeder froh war, noch einige Minuten ausruhen zu können, um Kräfte zu sammeln für die Heimfahrt. Um 19,30 Uhr wurde aufgebrochen. So mancher wäre noch gerne geblieben, aber es sollten doch noch auf der Rückfahrt die Naturschönheiten bewundert werden. Somit setzten sich die Autos um 20 Uhr in Bewegung, noch ein kurzes Lebewohl und es ging durch Bergabhänge und Wälder über Schweidnitz nach Breslau zurück. Gegen 24 Uhr erreichten wir wieder den heimlichen Boden. Alle Gruppen verabschiedeten sich zufrieden über den Verlauf der Fahrt mit dem Wunsch, wieder einmal eine Bildungsfahrt durch die schlesischen Berge zu veranstalten. Möge diese Fahrt dazu beigetragen haben, unser Schicksal zu erleichtern und die Teilnehmer mit neuer Kraft zu erfüllen, die im Interesse der Gewerksvereinsbewegung notwendig ist. Dann ist es möglich, mehr wie bisher an dem gesamten Aufbau der sozialen Arbeit mitzuwirken. Oder wie die Waldenburger Kollegen uns zuriefen: Nicht wankelmütig werden, nur frischen Mut, dann wird es schon wieder besser werden. Dank allen Kollegen für das Gelingen dieser Fahrt.

Erich Jentich.

Die nächste Erwerbslosenversammlung ist Dienstag, den 14. Juli, 3 Uhr. Referent Kollege Fuhrmann vom G.D. Donnerstag, den 23. Juli, nachmittags 2 Uhr Besichtigung des Zoo. Eintrittspreis für Erwerbslose nebst Familie 20 Pfg.

Breslau. Am Dienstag, den 16. Juni 1931 tagte im Kaufmannsheim eine Arbeitslosenversammlung des Ortsverbandes der deutschen Gewerksvereine (H.-D.) Kollege Baaf von den Bekleidungsarbeitern sprach über die neue Notverordnung. Aus seinen Ausführungen war zu erkennen, daß, wenn auch die Arbeitslosigkeit etwas nachgelassen habe, dieses kein Merkmal sei für die Wiederbelebung der Wirtschaft. Die neue Notverordnung bringe den Arbeitslosen sowohl wie den noch Beschäftigten Arbeitnehmern eine Fülle von Verschlechterungen und Belastungen, die untragbar seien. Man brauche sich aber keiner Illusion hingeben, daß trotz des ablehnenden Standpunktes aller Parteien dieselbe nicht pünktlich in Kraft treten würde. Im Gegensatz zu den Millionen Menschen in Deutschland, denen man das Existenzminimum genommen habe, habe man einen Eingriff in die hohen Pensionen der Offiziere, die bis 1693 RM. jährlich betragen, nicht gewagt. Eine Rotgemeinschaft aller Kreise wird nicht kommen. Das zeige sich deutlich in der Abwanderung des Kapitals nach dem Ausland. Die Industrie will die politische und wirtschaftliche Diktatur. Immer mehr müßte man den gewaltigen Abstieg der Arbeiterklasse erkennen. So lange nicht die organisierte Arbeiterschaft in einmütiger Front dagegen Stellung nehme, gebe es kein Aufhalten mehr. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung sei zusammengebrochen. Was die neue Notverordnung darüber bringt, sei schon älteren Datums und wird von den Massen nicht mehr geglaubt. Das Gutachten der Braunkohlenkommission sei widerprüchlich und bringe den Arbeitern gar nichts. Die Abstriche, die bei den Unterstufungen der Arbeitslosen gemacht werden und die übrigen Bestimmungen der Notverordnung für die Arbeitnehmer vermehren die Arbeitslosigkeit und verringern weiter die Kaufkraft. Das Chaos sei trotzdem nicht aufzuhalten. Eine Notverordnung, die den Armen nicht nützt, als wie den Reichen, trage eine ungeheure Erbitterung in die Arbeiterschaft. Alle Proteste seien unnütz, da sie ihren Zweck nicht erfüllen. Die Notverordnung in einigen Punkten abzuändern bedeute gar nichts, sondern sie muß von den Arbeitslosen sowie von der gesamten Arbeiterschaft abgelehnt werden.

Entschlebung.

„Die am 16. Juni 1931 stattgefundene Erwerbslosenversammlung der Mitglieder des Ortsverbandes der deutschen Gewerksvereine (H.-D.) und des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes erheben hiermit schärfsten Protest gegen die neue Notverordnung, da sie einen ungeheuren Eingriff in die gewährleisteten Rechte der Erwerbslosen bedeuten. Die neuen Verschlechterungen sind um so schwerwiegender, da schon die bisherigen Unterstufungsätze mehrfach gekürzt und die normale Grenze schon weit unterschritten war. Im Gegensatz zu diesen ungeheuerlichen Abstrichen hat man die hohen Pensionen unberührt gelassen. Diese schreiende Ungerechtigkeit wird die Erbitterung der Erwerbslosen weiter steigern. Die Versammlung lehnt daher jede Verantwortung über die Folgen dieser von ihr abgelehnten Notverordnung ab.“

Bürgerlich.

Vierter freiheitlich-nationaler Gewerkschafts-Kongress. Gewerkschaftsring, Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221-223. RM. 250. Das Programm des Gewerkschaftsrings, das kommunalpolitische Programm, Leitätze zur Sozialpolitik und eine Erklärung des freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsrings zur Wirtschafts- und Sozialpolitik enthält die Broschüre „Vierter freiheitlich-nationaler Gewerkschafts-Kongress“. Ferner sind die Referate dieses Kongresses wiedergegeben, u. a. von Gustav Schmelber, MdR., über „Die freiheitlich-nationale Grundlage der Ringarbeit“, Ernst Lemmer, MdR., „Der Gewerkschaftsring in zehnjähriger Arbeit“, Maria Hellersberg, M. d. RM., Erfahrungen aus der Praxis der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“, Dr. Elsas, Bürgermeister der Stadt Berlin, „Aktuelle Fragen der Kommunalpolitik“. Die Schrift ist mit Kupferstichdruckbildern ausgestattet. Das ganze Werk ist der Spiegel eines zehnjährigen tatenreichen Schaffens einer deutschen Arbeitnehmer-Pigenorganisation.

Sprechmaschinen-Laufwerke Schallplatten, Metalltonführungen usw.

äußerst günstigen Preis.

M. Bopp, Hanau a. Main, Huttenstraße 3.

Pünktliche Beitragszahlung ist dringende Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Für die Woche vom 4.-10. Juli ist die 27. Woche fällig. Für die Woche vom 11.-17. Juli ist die 28. Woche fällig. Für die Woche vom 18.-24. Juli ist die 29. Woche fällig.

Werbe jeder für den Gewertverein!